STADT SANKT AUGUSTIN

DER BÜRGERMEISTER

Dienststelle: FB 5 / Fachbereich 5 - Kinder, Jugend und Schule

Sitzungsvorlage

Datum: 25.04.2012

Drucksache Nr.: **12/0175**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung
Ausschuss für Schule, Bildung und Weiterbildung	15.05.2012	öffentlich / Vorberatung
Rat	23.05.2012	öffentlich / Entscheidung

Betreff

**Auswirkungen der demographischen Entwicklung für Schulstandorte im Primarbereich;
Machbarkeitsstudie Teil 2**

Beschlussvorschlag:

1. Der Ausschuss für Schule, Bildung und Weiterbildung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zu den vier Varianten zur Zukunft des Schulstandortes Freie Buschstraße als Ergebnis der Machbarkeitsstudie (Teil 2) zur Kenntnis.
2. Unter den Voraussetzungen,
 - a) dass der Erhalt der GGS Freie Buschstraße am jetzigen Standort in zweizügiger Form haushalterisch nicht darstellbar ist und
 - b) dass der Ausschuss für Schule, Bildung und Weiterbildung am 20.07.2011 (vgl. DS-Nr. 11/0316) den Erhalt der Institution GGS Freie Buschstraße beschlossen hat,spricht sich der Ausschuss für die Variante 4 (Beibehaltung der Gemeinschaftsgrundschule Freie Buschstraße am bestehenden Standort in einzügiger Form im Verbund mit einer noch zu bestimmenden anderen Grundschule) aus und empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin, die Variante 4 zu beschließen.
3. Der Ausschuss für Schule, Bildung und Weiterbildung beauftragt die Verwaltung, unter Einbeziehung der Schulen und der Schulaufsicht, die notwendigen Schritte einzuleiten.

Sachverhalt / Begründung:

Unter der DS-Nr. 11/0316 ist der Tagesordnungspunkt bereits am 20.07.2011 und unter der DS-Nr. 11/0316/1 am 06.03.2012 im Schulausschuss diskutiert worden.

Der Schulausschuss hat in der Sitzung am 20.07.2011 beschlossen:

1. Der Ausschuss für Schule, Bildung und Weiterbildung nimmt das Ergebnis der schulfachlichen Machbarkeit (Teil 1) zur Kenntnis und stellt die Notwendigkeit der Beibehaltung der Gemeinschaftsgrundschule (GGs) Freie Buschstraße fest. (...)

Die Verwaltung hat in der Sitzungsvorlage DS-Nr. 11/0361/1 folgenden Beschlussvorschlag gemacht:

1. Der Ausschuss für Schule, Bildung und Weiterbildung stimmt der Verlegung des Schulstandortes der Gemeinschaftsgrundschule Freie Buschstraße ins Schulzentrum Niederpleis zu. Der Zeitpunkt des Umzuges wird in Abstimmung mit der Schule im Rahmen der Durchführungsplanung konkret festgelegt.
2. Der Ausschuss für Schule, Bildung und Weiterbildung stimmt der räumlichen Verlegung der Realschule innerhalb des Schulzentrums Niederpleis - wie in der Machbarkeitsstudie II vorgeschlagen - und den übrigen Veränderungen in der räumlichen Zuordnung der einzelnen Schulen im Schulzentrum zu.

Hintergrund für diesen Beschlussvorschlag waren die in der AG Schulbau vom 24.02.2012 präsentierten Arbeitsergebnisse der Verwaltung, dass eine Sanierung am jetzigen Standort haushalterisch nicht darstellbar ist und auch nach einem Umzug der GGs Freie Buschstraße ins Schulzentrum Niederpleis allen Schulen (Grundschule, Haupt- und Realschule sowie Gymnasium) die im amtlichen Schulraumprogramm vorgesehen Räume zur Verfügung gestellt werden könnten.

Die Vorlage ist in den Rat verwiesen und dort nicht beraten worden. Aufgrund der nicht getroffenen Entscheidung hat das Gebäudemanagement mit der Planung der Brandschutzsanierung der GGs Freie Buschstraße begonnen. Das Brandschutzkonzept der GGs Freie Buschstraße läuft am 31.07.2012 aus. Sollte es zur Durchführung der Brandschutzsanierung kommen, wird es zu langfristig unnötigen Ausgaben kommen, da das Gebäude in der jetzigen Struktur nicht dauerhaft genutzt werden kann.

Aufgrund der von den Schulen (Schulleitung und Elternpflegschaften) vorgetragenen Bedenken hat die Verwaltung die Prüfung zwei weiterer möglicher Alternativen vorgenommen: Den einzügigen Erhalt des Schulstandortes Freie Buschstraße im sogenannten Altbau als einzügige Schule oder einzügige Dependance einer anderen Grundschule.

Im Folgenden werden die vier Varianten dargestellt:

1. **Umzug ins Schulzentrum**
2. **Auflösung der Schule**
3. **Reduzierung auf einen Zug als einzügige, selbstständige Schule**
4. **Reduzierung auf einen Zug als Dependance einer anderen Grundschule**

Die Variante eines Verbleibs der Schule am Standort in zweizügiger Form ist wie in den vergangenen Beratungen aufgezeigt haushalterisch nicht darstellbar und wird deshalb nicht

weiter aufgeführt.

In Anlage 1 sind die Vor- und Nachteile der o.g. vier Varianten aus schulfachlicher, baulicher und haushalterischer Sicht in verkürzter Form gegenüber gestellt.

Die Verwaltung hat alle betroffenen Schulen und die Schulaufsicht um Stellungnahme gebeten. Soweit diese schon eingegangen sind, liegen diese der Vorlage bei (Anlagen 2a, 2b, 2c, 2d). Die betroffenen Grundschulen und die untere Schulaufsichtsbehörde haben um ein Gespräch mit der Verwaltung gebeten. Gemeinsam mit der Schulrätin und den Schulleitungen wurde für Freitag, den 11.05.12 ein Termin vereinbart. Über das Ergebnis wird die Verwaltung in der Sitzung informieren.

Aus Sicht der Verwaltung ist die Umsetzung der beschriebenen Varianten (Variante 3 und 4, soweit die Bezirksregierung die Genehmigung erteilt) unter den im Folgenden beschriebenen schulfachlichen Chancen und Risiken sowie baulichen und haushalterischen Rahmenbedingungen möglich.

Unter den Voraussetzungen,

- a) dass der Erhalt der GGS Freie Buschsstraße am jetzigen Standort in zweizügiger Form haushalterisch nicht darstellbar ist und
- b) dass der Ausschuss für Schule, Bildung und Weiterbildung am 20.07.2011 (vgl. DS-Nr. 11/0316) den Erhalte der Institution GGS Freie Buschstraße beschlossen hat,

empfiehlt die Verwaltung die Umsetzung der Variante 4 (Beibehaltung der GGS Freie Buschstrasse am bestehenden Standort in einzügiger Form im Verbund mit einer noch zu bestimmenden anderen Grundschule).

Darstellung der Optionen

1. Umzug ins Schulzentrum

Zeitschiene: Umzug zum Schuljahr 2014/15

1.1 Schulfachliche Einschätzung

Die Unterbringung der GGS Freie Buschstraße mit 88 % Versorgungsquote im strukturieren Ganztage ist laut Raumprogramm im jetzigen Realschulgebäude möglich. Die Grundschule kann vom Schulzentrum so abgegrenzt werden, dass die Grundschule eine eigene Identität bekommt. Dafür ist eine neue Schulhofgestaltung unabdingbar. Für die Grundschule ergeben sich neue Chancen durch ein größeres Raumangebot und im Übergangmanagement der Vierklässler zu den weiterführenden Schulen. Für die Grundschule stellt sich die Herausforderung, das Schulkonzept an die neuen Räume anzupassen. Die Nachbarschaft zu den weiterführenden Schulen muss aktiv gestaltet werden, damit diese gelingt. Eine weitere Herausforderung liegt in der schulzentrischen Nutzung der Aula.

Unwägbar an der Variante „Umzug“ ist die Auswirkung auf das Schulwahlverhalten der Eltern. Voraussetzung für die Nachfrage im Umfang von zwei Zügen ist eine gute bauliche Umsetzung und eine gelungene schulkonzeptionelle Raumnutzung durch die Schule. Sollte es aufgrund des Schulwahlverhaltens zur Einzigigkeit kommen, wären die Möglichkeiten der Schulentwicklung eingeschränkt.

Der Umzug der Realschule in das Schulzentrum ist laut Raumprogramm möglich. Der Raumbedarf der weiterführenden Schulen im Ganztagsbereich ist berücksichtigt, setzt jedoch die schulzentrische Nutzung von Räumen im Ganztagsbereich durch alle weiterführenden Schulen voraus. Die Hauptschule und das Gymnasium müssten auf Räume, die sie z. B. außerhalb des Schulraumprogramms nutzen, verzichten. Das AEG (Schulleitung und Elternpflegschaft) gibt an, auf die Räume nicht verzichten zu können. Die Realschule (Schulleitung und Elternpflegschaft) möchte im Realschulgebäude bleiben, weil eine Aufteilung der Schülerschaft auf zwei Gebäudeteile befürchtet wird. Die Verwaltung gibt zu Bedenken, dass unter den gegebenen Bedingungen auch jetzt schon Schülerinnen und Schüler der Realschüler Räume im anderen Gebäudeteil nutzen müssen. Aus Sicht der Verwaltung ist eine räumlich klar gegliederte Einbindung der Realschule möglich. Weiterhin ergeben sich für eine ganztagsorientierte schulscharfe Nutzung von Räumen und die unproblematische Unterbringung der Realschulverwaltung hinreichend Möglichkeiten, wenn die Hauptschule in den Stufen 5 bis 7 zukünftig nur jeweils eine Klasse bildet.

Der Umzug ist eine realistische und vertretbare Möglichkeit der Weiterentwicklung der Sankt Augustiner Schullandschaft. Es würden Raumüberhänge im Schulzentrum Niederpleis für die schulische Nutzung erschlossen und der Standort GGS Freie Buschstraße würde für andere Nutzungen frei. Durch die perspektivische Schulentwicklung (einzügige Hauptschule, Oberstufe an der Gesamtschule führt zu Verkleinerung der Oberstufe am AEG) entstehen weitere Raumressourcen. Es wird bezogen auf die Raumressourcen im Schulzentrum auf die ausführliche Beantwortung der Anfrage 12/0174 verwiesen.

Damit diese Variante ein Gewinn für die Schüler aller betroffenen Schulen ist, ist die Mitwirkung und Kooperation aller vier betroffenen Schulen notwendig.

Diese Variante ist im Schulausschuss am 06.03.2012 ausführlich von biregio dargestellt worden (DS-Nr. 11/0316/1 und Niederschrift). Der Schulentwicklungsplaner hält diese Variante für die auch zeitlich am ehesten realisierbare Lösung. Aus seiner Sicht ist die Realschule „im falschen Gebäude“. Die Hauptschule werde immer kleiner und Sanierungen stünden "eigentlich" sowieso an (Fachräume NW). Die Verwaltung hält weiterhin an der Auffassung fest, dass die Verlagerung der Grundschule ins Schulzentrum eine realistisch umsetzbare Möglichkeit darstellt.

1.2 Darstellung der Baumaßnahme

Ein ausführlicher Maßnahmenkatalog einschließlich Darstellung der Kosten wurde bereits in Form einer Liste mit der Beantwortung der CDU-Anfrage DS-Nr. 12/0154, Frage Nr. 13, zur Verfügung gestellt. Diese Liste ist als Anlage Nr. 3 erneut angefügt.

1.3 Haushalterische Auswirkungen

Hinsichtlich der haushalterischen Auswirkungen wird auf die Vorlage zur Schulbau AG vom 10.02.2012 verwiesen. Abweichend hiervon verschieben sich Mittel in Höhe von ca. 250.000 € für den erstmaligen Einbau einer Aufzugsanlage aus dem konsumtiven in den investiven Bereich.

Durch einen Umzug in das Schulzentrum Niederpleis könnte der Altbau insoweit wieder hergerichtet werden, dass die derzeitigen Aktivitäten aus der Paul-Gerhardt-Straße nach hier verlagert werden könnten (vgl. Vorlage zur Schulbau AG vom 10.02.2012). Damit wäre den diesbezüglichen Festsetzungen im Haushaltssiche-

rungskonzept Rechnung getragen.

Zudem bestünde die Möglichkeit, die verbleibende Grundstücksrestfläche nach Abbruch des „Neubaus“ einer Vermarktung zuzuführen.

2. Auflösung

2.1 Schulfachliche Einschätzung

Die Auflösung der GGS Freie Buschstraße ist unter der beschlossenen OGS- Ausbaquote möglich, wenn an der Hans-Christian-Andersen-Schule in Ort drei Klassenräume oder alternativ ein Klassenraum und eine Mensa zugebaut werden (Herleitung des Raumprogramms siehe Anlage 4). Die KGS St. Martin würde dann vierzünftig (wie bereits durch den Rat festgelegt), die Hans-Christian-Andersen-Schule dreizünftig. Dies müsste noch durch den Rat beschlossen werden (zur aktuellen Festlegung der Zügigkeit an Sankt Augustiner Grundschulen vgl. DS-Nr. 07/0447).

Die Auflösung wurde mit Beschluss des Schulausschusses vom 20.07.2011 abgeschlossen (vgl. DS-Nr. 11/0316). Sie wurde damit begründet, dass Sankt Augustin mit der Auflösung eine engagierte und anerkannte GU- Schule verlieren würde und „dass sich möglicherweise gerade die Kinder aus bildungsfernen Familien an einem Schulstandort konzentrieren, was gerade bei der Bildung von Ganztagsklassen der gewünschten und hier besonders gut realisierbaren Heterogenität entgegenwirken würde“. Aufgrund der positiven Entwicklung der KGS St. Martin, der gewonnen Anziehungskraft durch den bilingualen Zweig und die Tatsache, dass die Schule den GU anstrebt, haben diese Gründe zwischenzeitlich an Gewicht verloren.

Die KGS St. Martin und die Hans-Christian-Andersen-Schule würden nur ungern - wie in der Variante 1 das AEG - den Raumüberhang lt. amtlichem Schulraumprogramm, der zz. für pädagogische Zwecke genutzt wird, für einen weiteren Zug nutzen (Anlage 2 c und d). Selbstverständlich nutzen die genannten Schulen die durch den Raumüberhang ermöglichte Flexibilität und differenzierte Funktionalität. Grundsätzlich ist es nach Auffassung der Verwaltung möglich, die schulischen Konzepte auch in stärker multifunktional genutzten Räumen umzusetzen.

Die Auflösung der GGS Freie Buschstraße ist auch aus Sicht des Schulentwicklungsplaners eine realistisch umsetzbare Möglichkeit der Weiterentwicklung der Sankt Augustiner Schullandschaft. Jetzt noch vorhandene Raumressourcen würden allerdings für die langfristige Weiterentwicklung der Grundschulen (insbesondere des gebundenen Ganztags) aufgegeben.

Die Argumente, die seinerzeit für den Erhalt der Grundschule Freie Buschstrasse als Institution in der Sankt Augustiner Bildungslandschaft sprachen, gelten in weiten Teilen fort. Hinsichtlich der Auswirkungen der in der Diskussion befindlichen Klassenbildungswertes wird auf die Beantwortung der Anfrage DS-Nr.12/0174 zu Frage 1 verwiesen.

2.2 Bauliche Bewertung

Die zusätzlich erforderlichen Räume am Standort der Grundschule Ort können im Bereich des derzeitigen Lehrschwimmbeckens Ort durch entsprechende Umbau- oder alternativ Rück-/Neubaumaßnahmen hergestellt werden. Eine skizzenhafte Darstellung (Anlage Nr. 5) wie auch eine Aufstellung der Kosten (Anlage Nr. 6) sind beigefügt.

Das Lehrschwimmbekken Ort wird in diesem Sommer aus technischen und haushalterischen Gründen stillgelegt (auf die entsprechende Beschlussfassung im Rat am 16.03.12 zur Haushaltssicherung wird verwiesen).

Das Gebäudemanagement empfiehlt aufgrund der ähnlichen Kostenansätze von ca. 1.700.000,00 € brutto den Umbau des vorhandenen Gebäudes. Durch den Umbau können ca. 80 m² mehr Nutzfläche im EG hergestellt wie auch der vorhandene Technikeller, an den auch der Turnhallenbereich angeschlossen ist, erhalten werden.

Berücksichtigt wurde eine weitere Nutzung der tragenden Bauelemente (Dachstuhl, Wände, Decken, Gründung). Alle Ausbaugewerke sowie die Haustechnik werden neu installiert. Die energetische Sanierung von Fassade, Fenster, Dach ist erforderlich und berücksichtigt. Eine gleichzeitige Sanierung der benachbarten Turnhalle ist nicht mit eingerechnet. Lediglich vom Austausch der Heizungsanlage wird auch die Turnhalle profitieren.

2.3 Haushalterische Auswirkungen

Der Umbau des Lehrschwimmbekkens zu Klassenräumen stellt eine Investition dar. Diese wäre im Haushaltsplan wie folgt zu etatisieren:

2013 mit ca. 200.000,00 €

2014 mit ca. 900.000,00 €

2015 mit ca. 600.000,00 €

Ferner wäre die Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung in 2014 zu Lasten des Jahres 2015 in Höhe von 600.000,00 € erforderlich.

Unter der Annahme, dass sich die Stadt 2014 im Nothaushaltsrecht befinden würde und der Kreditrahmen nach der heutigen Planung erschöpft ist, müssten andere Investitionen in einer Größenordnung von ca. 900.000,00 € um ein Jahr in die Zukunft verschoben werden. Dies ist grundsätzlich möglich. Die für 2015 benötigten Investitionsmittel könnten dem vorgesehenen Platzhalter für Hochbaumaßnahmen entnommen werden. Unter der vorgenannten Voraussetzung wäre diese Variante haushalterisch möglich.

Durch eine Auflösung des Schulstandortes könnte der Altbau insoweit wieder hergerichtet werden, dass die derzeitigen Aktivitäten aus der Paul-Gerhardt-Straße nach hier verlagert werden könnten (vgl. Vorlage zur Schulbau AG vom 10.02.2012). Damit wäre den diesbezüglichen Festsetzungen im Haushaltssicherungskonzept Rechnung getragen.

Zudem bestünde die Möglichkeit, die verbleibende Grundstücksrestfläche nach Abbruch des „Neubaus“ einer Vermarktung zuzuführen.

3. Reduzierung auf einen Zug als einzügige, selbstständige Schule

3.1 Schulfachliche Einschätzung

Eine selbstständige, einzügige GGS Freie Buschstraße wäre nur mit einer Ausnahmegenehmigung der Bezirksregierung möglich.

Räumlich könnte eine selbstständige einzügige Schule im sogenannten Altbau zuzüglich der Gymnastikhalle mit Nebenräumen der GGS Freie Buschstraße untergebracht wer-

den (Herleitung des Raumprogramms siehe Anlage Nr. 7).

Einzügige Schulen arbeiten unter erschwerten Bedingungen und bieten weniger Möglichkeiten der Schulentwicklung. Bei nur einem Zug stellen sich für die Schule große Herausforderungen (kleineres Kollegium, geringere Flexibilität, u. U. weniger breite Fachlichkeit), die pädagogische Qualität zu halten. Es ist davon auszugehen, dass es eine einzügige Grundschule in der Sankt Augustiner Grundschullandschaft deutlich schwerer hat, sich zu profilieren und für die Eltern ein attraktiver Schulstandort zu bleiben. Der pädagogische Erfolg hängt auch davon ab, inwieweit es gelingt, mit einem kleinen Kollegium eine vielfältige Fachlichkeit abzudecken. Die Schulleitung wäre durch die fehlende Konrektorenstelle geschwächt.

Der zweite, an der GGS Freie Buschstraße auslaufende Zug würde an der KGS St. Martin ohne Zubau aufgebaut. Aufgrund der nicht ausgeschöpften Kapazitäten in der zweizügigen KGS Buisdorf und der zweizügigen Hans-Christian-Andersen-Schule wäre je nach Schulwahlverhalten der Eltern an der KGS St. Martin nur ein halber Zug aufzunehmen (auf die Stellungnahmen der Schulen und die Anmerkungen der Verwaltung unter 2.1. wird verwiesen.).

Die einzügige GGS Freie Buschstraße wäre - so die Bezirksregierung zustimmt - ein Kompromiss. Die Raumüberhänge im Schulzentrum Niederpleis bestünden mit den Folgekosten für den Schulträger fort. Von Seiten des Schulentwicklungsplaners wird diese Variante nicht empfohlen, da aus seiner Sicht, einzügige Schulen in einer Schullandschaft mit etablierten Schulen in unmittelbarer Umgebung zu viele Nachteile mit sich bringen. Dem Grundgedanken des Entwurfes zum 8. Schulrechtsänderungsgesetzes, trotz sinkender Schülerzahlen ein wohnortnahes Grundschulangebot möglichst zu erhalten, würde die Beibehaltung des Standortes entsprechen.

3.2 Bauliche Bewertung

Durch die Reduzierung der Schüler auf nur eine Klasse je Jahrgang werden die Räume des „Neubaus“ erst ab Beginn des Schuljahres 2016/2017 komplett leer gezogen sein. Eine brandschutztechnische Übergangslösung für den „Neubau“ wurde längstens bis zu Beginn des Schuljahres 2014/2015 in Aussicht gestellt. Auch für diese Übergangslösung werden bereits Maßnahmen umgesetzt werden müssen.

Dies bedeutet, dass zu Beginn des Schuljahres 2014/2015 mindestens ein Ersatzklassenraum und ein Gruppenraum für die noch im „Neubau“ vorhandene Klasse geschaffen werden müssen.

Zum Beginn der Baumaßnahmen werden dann weitere Ersatzräume erforderlich, deren genaue Anzahl im Rahmen der Planung im Detail abgestimmt werden muss.

Um Planungs- und Ausführungszeiträume zu optimieren, sollte mit den Bauarbeiten zu Beginn der Sommerferien 2014 begonnen werden. Somit würde der Zeitpunkt für die notwendige Beschaffung des Ersatzraumes für die eine Klasse mit der Ersatzraumrichtung bezüglich der Baumaßnahmen zusammenfallen.

Da die Gymnastikhalle einschließlich deren Nebenräume zur Erfüllung des Raumprogramms für die einzügige Schule erhalten werden muss, wird es erforderlich, die darunter liegenden Kellerräume ebenfalls zu erhalten.

Die Feuchtsanierung fällt selbst bei ausschließlicher Nutzung des Kellers als Lager- und Technikräume an. Auf den Ausbau einer Aufenthaltsfläche in den Kellerräumen von ca. 226 m² kann verzichtet werden.

Eine optimierte Aufteilung der Nebenräume der Gymnastikhalle könnte dazu führen, dass die Pausen-WCs sowohl vom Schulhof als auch von den Umkleiden aus genutzt werden könnten. Für eine einzügige Schule ist die vorhandene WC-Anlage deutlich überdimensioniert. Zusätzlich würde man ein Behinderten-WC und den Pflege-/Ruhebereich für Inklusion an diese Nebenräume anbauen. Dadurch könnten die Leitungswege der technischen Installationen optimiert werden.

Diese Optimierung ist zwar teurer als eine reine Sanierung der alten WC-Anlage, man hätte dadurch jedoch gleichzeitig die Nebenräume der Turnhalle überarbeitet und die Sanitärinstallationen an einer Stelle gebündelt.

Bei der vorliegenden Kostenschätzung ist jedoch von einer Sanierung der bestehenden WC-Anlage in diesen Gebäudeteilen ausgegangen worden, da die Gebäudeteile im Neubau als „Flächenreserve“ erhalten bleiben könnten.

Die Option eines Abrisses von Teilen des Neubaus wurde nicht weiter berücksichtigt. Aufgrund der entfallenden Refinanzierung der Abbruchkosten (Veräußerung des Restgrundstücks) würde der finanzielle Vorteil entfallen.

Es ist zu erwarten, dass es zu genehmigungspflichtigen Umbauten oder Teilerweiterungen sowie zu Nutzungsänderungen kommen wird. Somit wird eine energetische Sanierung für die weiterhin bestehenden Bereiche des „Neubaus“ (z. B. Gymnastikhalle) erforderlich. Diese Sanierung wurde einkalkuliert.

Da alle Gebäudebereiche des „Neubaus“ und die rückwärtig Dachentwässerung „Altbau“ sowie der Schulhof in Richtung „Freie Buschstraße“ an den Kanal angeschlossen sind, müssen die bestehenden Leitungen, wie bereits angenommen, saniert werden. Alternativ müssten neue Leitungen in Richtung Schulstraße oder Bönnscher Weg verlegt werden. Dadurch könnten nach derzeitigem Planungsstand keine Kosten eingespart werden.

In der Anlage Nr. 8 findet sich eine skizzenhafte Darstellung und in der Anlage Nr. 9 eine Aufstellung der Kosten.

3.3 Haushalterische Auswirkungen

Der Umbau zu einer einzügigen Schule verursacht Projektkosten in Höhe von insgesamt ca. 4.200.000,00 €, wovon ca. 600.000,00 € investiv bereitgestellt werden müssten. Diese dienen zum Einen dem Einbau eines Aufzugs (ca. 200.000,00 € in 2014) und zum Anderen der Erneuerung des Schulhofs (ca. 400.000,00 € in 2016).

Unter der Annahme, dass sich die Stadt 2014 im Nothaushaltsrecht befinden würde und der Kreditrahmen nach der heutigen Planung erschöpft ist, müssen andere Investitionen in einer Größenordnung von ca. 200.000,00 € um ein Jahr in die Zukunft verschoben werden. Dies ist grundsätzlich möglich. Die investiven Mittel für die Erneuerung des Schulhofs sind dem Platzhalter für Hochbauinvestitionen in 2016 zu entnehmen.

Konsumtiv würde diese Variante zu folgenden Veranschlagungen im Haushaltsplan führen:

2012 mit	ca. 200.000,00 €	(Brandschutzmaßnahmen)
2013 mit	ca. 200.000,00 €	(Planungskosten für Sanierungen)
2014 mit	ca. 1.300.000,00 €	(Sanierungen und Auslagerungen)
2015 mit	ca. 1.630.000,00 €	(Sanierungen und Auslagerungen)
2016 mit	ca. 270.000,00 €	(Sanierung Kanal)

Unter der vorgenannten Voraussetzung wäre diese Varianten haushalterisch möglich.

Die mögliche Nutzung für Aktivitäten aus der Paul-Gerhardt-Straße entfällt. Durch die Nutzung des Schulhofs reduziert sich die Restgrundfläche, wodurch die Vermarktung erheblich eingeschränkt würde.

4. Reduzierung auf einen Zug als Dependance einer anderen Grundschule

4.1 Schulfachliche Einschätzung

Eine einzügige Dependance am Standort Freie Buschstraße als Teil einer anderen Grundschule wäre nur mit einer Ausnahmegenehmigung der Bezirksregierung möglich.

Räumlich könnte eine Dependance im sogenannten Altbau zuzüglich der Gymnastikhalle mit Nebenräumen der GGS Freie Buschstraße untergebracht werden.

Da die Dependance nur einzügig ist, stellt es eine Herausforderung dar, diese in ein Schulkonzept einer größeren Schule einzugliedern und allen Schülern der neuen Verbundschule die gleichen Bedingungen an beiden Schulen anzubieten. Der Städte- und Gemeindebund setzt sich für flexible Lösungen bei Grundschulverbänden ein, um zu vermeiden, dass die Schulentwicklung einer Verbundschule durch die Konzeption am Teilstandort behindert wird (Stichwort: jahrgangsbezogener bzw. jahrgangsübergreifender Unterricht). Im Entwurf des 8. Schulrechtsänderungsgesetzes sollten daher lt. STGB noch Anpassungen vorgenommen werden.

Grundsätzlich ist die Schulentwicklung im Verbund mit einem zweiten Standort besser sicherzustellen als in der einzügigen selbstständigen Variante.

Die Schule könnte Dependance der GGS Pleiser Wald werden (Ortsteil). Hier müsste die Frage zweier unterschiedlicher OGS Träger geklärt werden. Die KGS Buisdorf ist für einen Verbund zu klein. Die Hans-Christian-Andersen-Schule und die KGS St. Martin stünden ebenfalls für die Angliederung zur Verfügung. Zu berücksichtigen ist bei einem Verbund mit der Grundschule in Mülldorf die Konfessionsgebundenheit.

Der zweite, an der GGS Freie Buschstraße auslaufende Zug, würde an der KGS St. Martin ohne Zubau aufgebaut. Aufgrund der nicht ausgeschöpften Kapazitäten in der zweizügigen KGS Buisdorf und der zweizügigen Hans-Christian-Andersen-Schule wäre je nach Schulwahlverhalten der Eltern an der KGS St. Martin nur ein halber Zug aufzunehmen.

Die Dependance Lösung wäre - so die Bezirksregierung zustimmt - ein Kompromiss. biregio hält diese Umsetzung für möglich und empfiehlt diese Lösung, falls Variante 1 keine politische Zustimmung erhält. Der Schulentwicklungsplaner sieht die Chance, dass diese Lösung bei der Elternschaft auf Zustimmung stößt.

Wenn die Grundschule zu einer einzügigen Dependance würde, sollte seiner Meinung nach unter den möglichen Standorten (Ort, Mülldorf, Pleiser Wald, Buisdorf) derjenige ausgewählt werden, der mit den Wünschen der Eltern am stärksten verbunden werden kann.

biregio weiter: „Die Abgabe eines Zuges (der künftigen Neuaufnahmen) stärkte auf je-

den Fall die anderen Standorte. So würde bei einer Wahl der Pleiser Wald-Schule mit vier Zügen und der dann nur noch einzügigen Freien Buschstraße der Stärkungseffekt der gleiche wie bei anderen Alternativen sein. Diese sind aber unterschiedlich zu sehen. Wir würden die Standorte Ort (schwieriger regionaler Bezug) und Buisdorf (selbst eher eine einzügige Schule und damit rechtlich nicht fähig, eine Dependance zu bilden) aus den Überlegungen heraus nehmen.“

Die Verwaltung sieht im Falle einer Dependancelösung die Notwendigkeit, die Anbindung in enger Abstimmung mit der Schulaufsicht und den Schulleitungen zu klären. Die entspricht auch dem schriftlich geäußerten Wunsch der betroffenen Schulleitungen (siehe Anlage 2b)

Dem Grundgedanken des Entwurfes zum 8. Schulrechtsänderungsgesetzes, trotz sinkender Schülerzahlen ein wohnortnahes Grundschulangebot möglichst zu erhalten, würde die Beibehaltung des Standortes entsprechen.

Die Raumüberhänge im Schulzentrum Niederpleis bestünden mit den Folgekosten für den Schulträger fort.

Die Variante 4 ermöglicht unter den dargestellten Varianten aus schulfachlicher Sicht am ehesten die Umsetzung im Konsens mit allen betroffenen Schulen und Elternschaften.

4.2 Bauliche Bewertung

Siehe auch Punkt 3.2 - Im Unterschied zur selbstständigen Schule könnte hier lediglich auf den Ausbau des großen Raumes im DG zum Lehrerzimmer verzichtet werden. Die Einsparung würde sich gegenüber Punkt 3.2 auf maximal ca. 100.000,00 € brutto belaufen.

Aufgrund des geringen Kostenunterschiedes wurde auf eine separate, skizzenhafte Darstellung wie auch Aufstellung der Kosten verzichtet und es wird auf die Anlagen gem. Variante 3 verwiesen.

Die umzugsbedingten Sanierungen einiger Fachräume im Schulzentrum Niederpleis entfallen zunächst. Eine Sanierung erfolgt ausschließlich nach technischer Notwendigkeit.

4.3 Haushalterische Auswirkungen

Der Umbau zu einer einzügigen Schule verursacht Projektkosten in Höhe von insgesamt ca. 4.100.000,00 €, wovon ca. 600.000,00 € investiv bereitgestellt werden müssten. Diese dienen zum Einen dem Einbau eines Aufzugs (ca. 200.000,00 € in 2014) und zum Anderen der Erneuerung des Schulhofs (ca. 400.000,00 € in 2016).

Unter der Annahme, dass sich die Stadt 2014 im Nothaushaltsrecht befinden würde und der Kreditrahmen nach der heutigen Planung erschöpft ist, müssen andere Investitionen in einer Größenordnung von ca. 200.000,00 € um ein Jahr in die Zukunft verschoben werden. Dies ist grundsätzlich möglich. Die investiven Mittel für die Erneuerung des Schulhofs wären dem Platzhalter für Hochbauinvestitionen in 2016 zu entnehmen.

Konsumtiv würde diese Variante zu folgenden Veranschlagungen im Haushaltsplan führen:

2012 mit ca.	200.000,00 € (Brandschutzmaßnahmen)
2013 mit ca.	200.000,00 € (Planungskosten für Sanierungen)
2014 mit ca.	1.300.000,00 € (Sanierungen)
2015 mit ca.	1.530.000,00 € (Sanierungen)
2016 mit ca.	270.000,00 € (Sanierung Kanal)

Unter der vorgenannten Voraussetzung wäre diese Variante haushalterisch möglich. Für diese Variante reduzieren sich die konsumtiven Aufwendungen um ca. 100.000,00 €, da auf größere Teile der Dachgeschosssanierung verzichtet werden kann, da keine Räumlichkeiten für eine Verwaltung bereitgestellt werden müssten.

Die mögliche Nutzung für Aktivitäten aus der Paul-Gerhardt-Straße entfällt. Durch die Nutzung des Schulhofs reduziert sich die Restgrundfläche, wodurch die Vermarktung erheblich eingeschränkt würde.

Klaus Schumacher

Die Maßnahme

- hat keine finanziellen Auswirkungen / ist haushaltsneutral
 hat finanzielle Auswirkungen

- Es wird auf die entsprechenden Positionen im Text verwiesen

Der Gesamtaufwand / Die Gesamtauszahlungen (bei Investitionen) beziffert/beziffern sich auf €

- Mittel stehen hierfür im Teilergebnisplan / Teilfinanzplan zur Verfügung.

- Die Haushaltsermächtigung reicht nicht aus. Die Bewilligung von
 über- oder außerplanmäßigem Aufwand ist erforderlich.
 über- oder außerplanmäßigen Auszahlungen ist erforderlich (bei Investitionen).

Zur Finanzierung wurden bereits € veranschlagt; insgesamt sind € bereit zu stellen. Davon entfallen € auf das laufende Haushaltsjahr.